

Frage des Tages

Sollten die Basler Verkehrsbetriebe ihren Strom an der Börse einkaufen?

Die BVB beziehen ihren Strom grundsätzlich von den IWB – dort ist er teurer als auf dem freien Markt. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern: **Sollte der Zubau von Solarzellen beschleunigt werden?**



Geheimsache Asylheim-Bericht

Wegen der Wahlen unter Verschluss: Prüfungsergebnisse zur Polit-Affäre Reinach liegen vor

Von Joël Hoffmann

Reinach. Wegen der Asylheim-Affäre müssen die Reinacher am 4. März das Gemeindepräsidium neu besetzen. Nach dem Rücktritt von Urs Hintermann kämpfen Melchior Buchs (FDP) und Béatrix von Sury (CVP) um seine Nachfolge. Letztere stand bis zuletzt auf der Seite Hintermanns. Nun zeigen Recherchen der BaZ: Eine vom Gemeinderat in Auftrag gegebene externe Untersuchung der Vorfälle im Flüchtlingsheim würde von Sury im Wahlkampf in Bedrängnis bringen. Doch die Resultate, die bereits seit Mitte Dezember vorliegen, sollten den Wählern vorenthalten werden.

Die BaZ machte vor einem Jahr publik, dass eine Asylheimmitarbeiterin Sex mit einem minderjährigen Klienten hatte. Die Betreuerin Farideh Eghbali, die jenes und weitere Vorkommnisse ihren Vorgesetzten bis hinauf zu Hintermann meldete, wurde von diesen schikaniert – insbesondere nachdem sie sich weigerte, Schweigegeld anzunehmen. Wie mehrere Quellen der BaZ bestätigen, komme die externe Untersuchung zum Schluss, dass Eghbalis Vorgesetzte nicht professionell mit den Meldungen umgegangen sind. Weiter solle es ihnen darum gegangen sein, Eghbali fertigzumachen. Und selbst als sich nicht mehr



Bloss Ruhe. Sie kämpfen ums Gemeindepräsidium – Béatrix von Sury und Melchior Buchs. Von Sury Fehlverhalten soll den Wählern vorenthalten werden.



leugnen liess, dass Eghbali die Wahrheit gesagt hatte, hätten die Vorgesetzten ihre Fehler nicht zugegeben, etwa die Ermahnungen zurückgenommen.

Melchior Buchs, der bezüglich externer Untersuchung als Sprecher des Gemeinderates fungiert, bestätigt auf Anfrage, dass bereits Mitte Dezember eine mündliche Orientierung des

Gemeinderates stattgefunden hat. Die externe Fachfrau untersuchte die Vorgänge im Asylheim, insbesondere den Konflikt zwischen Eghbali, ihren Vorgesetzten und den involvierten Gemeinderäten. Sie hat mit allen Beteiligten gesprochen und all die Unterlagen eingesehen, welche auch die Grundlagen für die Berichte der BaZ

lieferten. Buchs will weder bestätigen noch dementieren, dass die externe Untersuchung zum gleichen Ergebnis gekommen ist wie die BaZ. Er verweist auf eine frühere Mitteilung des Gemeinderates, wonach der komplette Schlussbericht im Sommer 2018 veröffentlicht werde.

Verhandlungen nach Bericht

Dennoch sind die Resultate bereits nach aussen gedrungen, was sich auch daran zeigt, dass bereits der Leiter Soziales gekündigt hat. Und auch von Sury dürfte klar geworden sein, dass sie sich auf der falschen Seite engagiert hat: Sie hat zusammen mit ihrer Gemeinderatskollegin Bianca Maag (SP) und dem zurückgetretenen Urs Hintermann ebenfalls Mitte Dezember Eghbali darum ersucht, von ihrer Strafanzeige gegen sie doch noch abzusehen – was jedoch scheiterte.

Grund für die Anzeige war eine von Gemeinderätin von Sury geleitete Pressekonferenz im Mai 2017, an der sie, Hintermann und Maag Asylbetreuerin Eghbali mit wahrheitswidrigen Behauptungen die Schuld an der Asylheimaffäre gaben und sogar ihre Personalakte öffentlich ausbreiteten. Nachdem die Gemeinderäte eine öffentliche Entschuldigung ablehnten, reichte Eghbali Anzeige ein.

Brief wirbt für Flughafen-Bahn

Beide Basel gelangen an die französische Transportministerin

Von Thomas Dähler

Basel/Liestal. Die beiden Basel fordern von Frankreich eine Zusage für die Finanzierung des Bahnanschlusses zum EuroAirport Basel-Mulhouse. Die beiden Regierungen haben dies gestern in einem Brief an die französische Transportministerin Elisabeth Borne zum Ausdruck gebracht. Das Schreiben ist die Reaktion auf die Nichtberücksichtigung der Flughafen-Bahn im Rapport Duron, dem Entwurf der Infrastrukturliste für die nächsten 20 Jahre. Die Schweiz möchte, dass die Bahnlinie von Saint-Louis via EuroAirport nach Bartenheim in der Hauptsache von Frankreich finanziert wird.

Die beiden Kantonsregierungen begründen in dem Schreiben ihre Forderung mit der wirtschaftlichen Bedeutung des EuroAirports für die Region. Dieser sei nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber, sondern auch ein Garant für die Erreichbarkeit Basels und des Elsass. Ausserdem sei er in der Schweiz der einzige Landesflughafen ohne Bahnanschluss.

Die Wirkung des Schreibens dürfte allerdings beschränkt sein. Auf der neuen Bahnlinie sind mehr Verbindungen vom Flughafen Richtung Basel als Richtung Mulhouse vorgesehen; dennoch sieht die Schweiz vor, nur einen zweistelligen Millionenbeitrag an die Gesamtkosten von 220 Millionen Euro beizusteuern. Im Ausbauschritt der Bahninfrastruktur Step 2030/35 sieht das Departement von Bundesrätin Doris Leuthard dafür einen noch nicht festgelegten Finanzierungsbeitrag aus dem Topf zugunsten des grenzüberschreitenden Verkehrs vor, aus dem auch noch andere Vorhaben alimentiert werden sollen.

Als Zeithorizont ist zudem in der Step-Vorlage neu das Jahr 2035 für die Inbetriebnahme des Bahnanschlusses zum EuroAirport genannt. Bisher war man im Elsass und in Basel von 2025 als Planungshorizont ausgegangen – auch zuletzt noch, als die Kantone und die Région Grand-Est die Absichtserklärung zum Betrieb der geplanten Bahnlinie verabschiedeten.

Die beiden Basel haben bereits in ihren jeweiligen Vernehmlassungsantworten an den Bund eine zeitlich schnellere Realisierung der Flughafen-Bahn sowie eine anteilmässige Finanzierung gemäss dem Nutzen für die Schweiz reklamiert. Dies wäre allein wesentlich teurer als die gesamte Alimentierung der grenzüberschreitenden Baupläne. Entsprechend fordern die beiden Basel mehr Mittel als die dafür in Step 2030/35 reservierten 100 Millionen Franken. Weitere grenzüberschreitende Vorhaben sind der Ausbau der Bahnlinie Basel-Lörrach inklusive eine neue Station Stetten sowie die Elektrifizierung der Hochrhein-Bahn zwischen Basel und Erzingen.

Der Mega-Stromdeal der BLT

Die Baselland Transport AG senkt ihre Stromkosten jährlich um mehrere Hunderttausend Franken



Billigenergie, aber nicht für alle. Die grünen Trams der BVB fahren mit teurerem Strom als jene der BLT. Foto: Michael Koller

Von Kurt Tschan

Oberwil/Basel. Die Baselland Transport AG (BLT) gehörte nicht zu den ersten Unternehmen in der Schweiz, die von der Möglichkeit Gebrauch machten, den Strom am freien Markt zu erwerben. Theoretisch räumt das Energiegesetz seit 2009 allen Firmen in der Schweiz mit einem höheren Stromverbrauch als 100 000 Kilowattstunden im Jahr die Möglichkeit ein, den liberalisierten Markt zu nutzen. Mit ihrem Entscheid 2014, die Strombezüge auszuscheiden, ist ihr aber ein grosser Wurf gelungen. Die BLT spart so «mehrere Hunderttausend Franken jährlich». Das bestätigt Alfred Schödler, Leiter Betrieb und Technik, der BaZ.

Der Entscheid von BLT-Chef Andreas Büttiker ist mutig. Er ist nämlich auch Verwaltungsrat des regionalen Energieversorgers Elektra Birseck Münchenstein (EBM) und hat damit zwei Hüte auf. Büttikers Trost: Die EBM ist auch nach der Ausschreibung einer der beiden Hauptlieferanten geblieben.

Sie versorgt die Tramlinien 10, 11, 14 und 17 mit Strom. Im oberen Kantonsteil, für die Linie Liestal-Waldenburg und teilweise die Linie 14 hat die Elektra Baselland (EBL) den Zuschlag erhalten.

«Beide Anbieter stellen sich der Herausforderung», sagt Schödler mit Verweis auf die Ausschreibung, die zu deutlich geringeren Bezugskosten geführt hat. Ganz ausgereizt hat die BLT die Ausschreibung aber nicht. Nach BaZ-Informationen wären die besten Angebote noch einige Tausend Franken tiefer gelegen. So ganz wollte man es sich also am Hauptsitz in Oberwil mit den regionalen Energieversorgern nicht verderben. Diese zeigen sich vielleicht auch deshalb gefasst. Man biete wettbewerbsfähige Angebote und positioniere sich so, «dass der Preis nicht das einzige und ausschlaggebende Argument ist», sagt EBM-Sprecher Jo Krebs.

Inzwischen bieten rund 40 Energieversorger aus der ganzen Schweiz mit, wenn es darum geht, im liberalisierten Markt Aufträge zu ergattern. So auch die EBM, IWB und EBL. Die Stromversorger loggen sich auf der Handelsplattform der Firma Renergy aus Oberwil ein und geben anonym Gebote ab. Wer wie viel für den Strom verlangt, sehen diese erst nach dem Ende der Ausschreibung. Der Kunde erhält eine Rangliste mit allen Angeboten und hat eine Stunde Zeit, den Lieferanten zu bestimmen. Für die BLT, wo der Einkauf der elektrischen Energie rund drei Prozent des Jahresumsatzes ausmacht,

spielen dabei auch die Stellen hinter dem Komma eine Rolle. «Die BLT ist laufend bestrebt, alle Leistungen kostenoptimal zu beschaffen, und somit profitieren die Kunden sowie die öffentliche Hand von einem effizienten öffentlichen Verkehr», sagt Schödler.

Generell beschafft die BLT alle Leistungen auf dem freien Markt. «Insbesondere achten wir darauf, dass die Overheadkosten klein bleiben und wir maximale Synergien mit KMU erzielen können», so Schödler. «So können wir teure Vorhaltekosten in Infrastruktur und Personal vermeiden.»

BVB halten IWB die Stange

Auch die Basler Verkehrsbetriebe (BVB) unterstehen dem Beschaffungsgesetz. Nach eigenen Angaben beziehen sie den Strom, der rund ein Prozent sämtlicher Ausgaben ausmacht, auf dem freien Markt. Gleichzeitig bestätigt Sonja Körkel von der BVB-Medienstelle aber: «Die BVB beziehen ihren Strom grundsätzlich von den IWB.» In der Branche selbst ist nicht bekannt, dass die BVB analog zur Handelsplattform der Firma Renergy je den Weg auf den freien Markt gesucht hätten. Zudem werden konkrete Angaben über den Preis für eine Kilowattstunde nicht gemacht.

Gemäss Jahresbericht 2016 gaben die BVB für den Strom rund 32,74 Millionen Franken aus. Der Stromverbrauch lag bei rund 63,77 Millionen Kilowattstunden. Dies ergibt einen durchschnittlichen Preis von 5,1 Rappen pro Kilowattstunde. Ein hoher Preis, der mindestens einen Rappen pro Kilowattstunde über den damaligen Marktpreisen lag. Die BVB liessen sich also ihr Bekenntnis zu den IWB gut 637 000 Franken pro Jahr kosten. Hätten die IWB, was zu dieser Zeit möglich war, sogar anderthalb Rappen pro Kilowattstunde eingespart, läge die Kostenersparnis bei rund einer Million Franken. Und da solche Verträge in aller Regel über drei Jahre abgeschlossen werden, verschenkten die BVB drei Millionen Franken. Geld, das für eine Optimierung des Betriebes und im besten Fall sogar an die Kunden hätte weitergegeben werden können. Trotz Beschaffungsgesetz alimentieren sich offenbar die staatsnahen Basler Betriebe gegenseitig.

Graustrom in grünen Trams

Interessanterweise stammten 2016 nur 62 Prozent des BVB-Stroms aus erneuerbaren Quellen. Damit dürfte auch klar sein, dass die IWB von ihren gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch machen und Graustrom (in diesem Fall Kohle) ins Basler Netz einspeisen. Gemäss IWB-Gesetz müssen nur 80 Prozent der Energie tatsächlich aus erneuerbaren Quellen stammen. In früheren Jahren lag der Anteil erneuerbarer Energien im BVB-Netz sogar noch tiefer – nämlich zwischen 58,6 und 59,3 Prozent.

Wenig überraschend wollen die BVB denn auch nichts davon wissen, in Zukunft mit den BLT gemeinsam den Strom einzukaufen. «Bei der Beschaffung des Stroms führt ein Mengenpooling nicht zu grossen Preisreduktionen pro Leistungseinheit», betont Körkel. Entscheidend bei der Strombeschaffung sei das sogenannte Lastprofil, welches Auskunft darüber gebe, welche Menge Strom zu welcher Uhrzeit bezogen werde. Auch bei der BLT hält man von einem Zusammengehen wenig: «Bereits mit der jetzigen Beschaffung konnten wir marktgerechte, attraktive Energiepreise erzielen. Weitere Skaleneffekte sind nicht realistisch», hält Alfred Schödler fest.

ANZEIGE

academia
learning

Sekundarschule

academia-learning.ch
Tel. +41 61 715 96 96